

Alt-Senat sagt Ja

Polit-Krimi um Heim für 422 Geflüchtete in engen Höfen

24.2.23 Thomas Schubert

Ein umstrittenes Flüchtlingsheim in Höfen der Gesobau soll mitten in Sondierungen nach der Wahl genehmigt werden. Trotz lautem Protest.



Zwei Häuser für Hunderte Geflüchtete statt Bäume und Spielplatz: Ute Rinke, Ilse Maria Feltz, Annika Geisler und Britta Krehl aus Pankow planen am 26. Februar eine Mahnwache, um das Projekt im letzten Moment zu stoppen.

Berlin. Ein ungeschriebenes Gesetz im Politbetrieb besagt: Während Sondierungen nach Wahlen ruht die Arbeit an umstrittenen Projekten, bis eine neue Regierung die Amtsgeschäfte an sich zieht. Doch in Pankow kündigt sich jetzt ein Bruch dieser stillen Übereinkunft an. Mitten in den Verhandlungen für eine neue Landesregierung will der alte, rot-grün-rote Berliner Senat eine Unterkunft für Geflüchtete mit 422 Plätzen mit zwei Häusern in Wohnhöfen der Gesobau am Schlosspark genehmigen. Unter Protest des Bezirksamts Pankow, das einen baupolitischen Trick befürchtet, um die eigene Planung für den Erhalt begrünter Freiflächen und Spielplätze an dieser Stelle auszuhebeln.

„Wir rechnen mit einer Entscheidung in den nächsten drei Wochen“, nennt Baustadträtin Rona Tietje (SPD) eine wahrscheinliche Frist, die viel kürzer ist als die zur Bildung des neuen Senats. Ihr Schreiben zur Ablehnung des Projekts kurz vor der Wiederholungswahl am 12. Februar habe die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, derzeit noch geführt von Senator Andreas Geisel (SPD), ignoriert.

Und wie aus einer Anfrage des CDU-Abgeordneten Johannes Kraft (CDU) hervorgeht, steht die Genehmigung der Modularen Unterkunft an der Kavallerstraße im Eilverfahren mit einem Sonderbaurecht für Geflüchteten-Wohnungen praktisch fest. Zu krass erscheint Staatssekretär

Christian Gaebler die Not bei der Unterbringung von Geflüchteten in Berlins Bezirken, um auf die Chance eines neuen Heims am Pankower Schlosspark zu verzichten.

„Fertig geprüfte Planung“: Senat sieht ideales Baugrundstück in Pankow

„Die aktuelle Flüchtlingssituation macht deutlich, dass die Beschleunigung für die Erstellung von Unterkünften für Geflüchtete dringend erforderlich ist. Der Krieg in der Ukraine hat die angespannte Situation noch verschärft. Der Bedarf an Unterbringungsplätzen für Kriegsgeflüchtete aus der Ukraine hat massiv zugenommen“, begründet Gaebler den zügigen Schritt der Gesobau, einen Plan für zwei Wohnriegel in der Siedlung aus den 1950er Jahren vorzulegen.

Aufgrund der Notlage habe der Senat alle sechs landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und somit auch die Gesobau beauftragt, „schnellstmöglich Abhilfe zu schaffen, um geflüchteten Menschen eine würdige Unterkunft zur Verfügung stellen zu können“. Besonders günstig erschien dem Senat die Lage im Fall der Gesobau-Siedlung am Pankower Schlosspark, weil es hier „eine fertig geprüfte Planung gibt“. Umso schneller sei ein Baubeginn möglich. Als „schwierig“ betrachte man lediglich die Einquartierung von Kindern und Jugendlichen in der neuen MUF-Unterkunft, da die Versorgungslage mit Kita- und Schulplätzen in diesem Teil von Pankow als „defizitär“ gilt.

„Unredlich“: CDU Pankow warnt Alt-Senat vor schneller Genehmigung

Auch wenn die Genehmigung formell noch aussteht, zeigt Gaeblers Argumentation, dass ein Nein zu diesem Gesobau-Projekt kaum noch in Frage kommt. Aus der Notlage und dem Bauantrag über ein Sonderbaurecht für Flüchtlingsunterkünfte ergibt sich auch das Tempo und das Ausbleiben einer Planungspause während der Sondierungen für einen neuen Senat.

Allerdings fühlen sich Pankows Bezirkspolitiker so in ihrem Eindruck bestärkt, dass die Senatsbauverwaltung die beiden Hofhäuser mit allen Mitteln durchsetzen will. „Es ist unredlich, wenn eine Genehmigung erteilt werden soll, bevor sich der Senat neu bildet“, warnt der Pankower CDU-Abgeordnete Lars Bocian vor einem weiteren Affront in dem seit vier Jahren andauernden Bau-Konflikt um diese Wohnhöfe. Ein Streitfall, stellvertretend für viele Dispute dieser Art in Berlin.

Kampf um Hof-Bebauung am Schlosspark in Pankow tobt seit 2019

Zur Erinnerung: 2019 hatte die Gesobau einen Plan präsentiert, die beiden Höfe am Schlosspark mit rund 170 konventionellen Wohnungen zu füllen. Und war damit beim Bezirksamt gescheitert. Auch deshalb, weil die Anwohnern-Initiative „Grüner Kiez“ Pankow im Verbund mit Dutzenden anderen Berliner Gruppierungen gegen Nachverdichtung auf Grünflächen eine erfolgreiche Protestkampagne lancierte.

Mehr zum Kampf um die Gesobau-Wohnhöfe am Schlosspark in Berlin Pankow:

Nun allerdings steht die Gesobau mit dem abgewandelten Plan des Projekts mit Sonderbaurecht für Geflüchtete kurz vor dem Erfolg. Auf eine offizielle Stellungnahme hat das Wohnungsunternehmen bislang verzichtet – man sieht sich aber als Partner des rot-grün-roten Senats, der Projekten für Geflüchteten-Wohnungen Vorfahrt gibt. Auch wenn unklar ist, ob seine Entscheidungsträger im Amt bleiben werden.

Betroffene Gesobau-Mieter rufen zur Mahnwache – und haben eine Forderung

„Wir haben die Empfindung, dass hier etwas Wichtiges Knall auf Fall gegen den Willen des Bezirks und die Anwohner durchgesetzt wird“, sagt CDU-Mann Bocian. „Und wir gehen davon aus, dass dieser Vorgang gestoppt werden muss. Es ist so nicht machbar.“ Pankows Linke dreht den Spieß um: Die CDU könne den Stopp des Projekts bei den Sondierungen für den neuen Senat zur Bedingung machen, sagt der Verordnete Wolfram Kempe zu einer Handlungsmöglichkeit, die die Christdemokraten selbst hätten.

Sollte die Genehmigung für die zwei Gebäude der MUF-Unterkunft in den beiden Gesobau-Höfen ergehen, wäre die fast drei Jahre lange Arbeit an einem Bebauungsplan schlagartig zunichte. Ziel dieses Plans, der etliche Mitarbeiter der Bezirksverwaltung über Jahre beschäftigt hat, ist es eigentlich, die beiden Hofflächen aus Gründen des Klimaschutzes zu sichern. Wenn es kommt, wie befürchtet, hätte eine Berliner Verwaltungsebene die Arbeit der anderen ausradiert.

Und die Anwohner? Sie schauen dem verwirrenden Kampf um ihre Höfe mit wachsendem Frust zu, halten den Standort des MUF-Heims, eingezwängt zwischen bestehenden Hauswänden für ungeeignet. Vor allem aber stört sie das laufende Genehmigungsverfahren in Zeiten des politischen Vakuums. „Wir fordern, dass die Entscheidung aufgeschoben wird, bis der neue Senat gebildet ist. Alles andere wäre nicht redlich“, meint Sprecherin Britta Krehl von der Initiative „Grüner Kiez Pankow“. Am Sonntag ruft ihre Gruppe zur Mahnwache. Dann geht es ab 17 Uhr um den Erhalt von Bäumen und Spielplätzen. Und um Politikverdrossenheit nach der Wiederholungswahl.